



SOLIDARITÄT MIT DER PALÄSTINENSISCHEN BEVÖLKERUNG!

**Kundgebung und Demonstration
Samstag, 21. Juni
Auftakt: 11:00 Uhr, Theaterplatz**

**AKTUELL KEIN EINZIGES
KRANKENHAUS IM
GAZASTREIFEN MEHR
VOLL FUNKTIONSFÄHIG.**



Bild: www.facebook.com/Nie-wieder-Krieg.org

**Wir können dieses Elend nicht widerspruchsfrei ertragen.
Wir rufen alle auf, nicht mehr länger tatenlos zuzusehen und sich unse-
rem Protest dagegen anzuschließen, dass vor unseren Augen ein Volk
erneut vertrieben und womöglich ausgelöscht wird.**

Aschaffener Initiative gegen Aufrüstung und Krieg 2025

**Unterstützt von: Attac, DIE LINKE, Bündnis gegen Rechts (BgR), Friedenstrommler, Ge-
werkschaft Erziehung u. Wissenschaft (GEW), Halkevi e.V., MLPD, Seebrücke**

NEIN zum Krieg!

STOPPT DAS MASSENHAFTE MORDEN, DAS AUSHUNGERN, DIE VERTREIBUNG!

Seit nun mehr als eineinhalb Jahren nutzt die israelische Regierung das menschenverachtende Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023, um ihre koloniale Siedlungspolitik weiter voran zu treiben und Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung zu rechtfertigen, die aufgrund ihres unfassbaren Ausmaßes und der dahinter stehenden Absichtserklärungen den Internationalen Gerichtshof (IGH) dazu veranlasst haben, eine Klage wegen Völkermordes als plausibel anzunehmen. U. a. *amnesty international* sieht Belege dafür.

So hatte der israelische Verteidigungsminister am 9. Oktober 2023 angekündigt: *„Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Gas, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln*

entsprechend.“ Und so passiert es: Zehntausende an zivilen Toten, vor allem Frauen und Kinder, 1,9 von 2 Millionen Einwohnern auf der Flucht. Hunger wird massenhaft als Waffe eingesetzt, der Gazastreifen liegt in Schutt und Asche, die meisten gesundheitlichen Einrichtungen sind außer Betrieb, medizinisches Personal und auch Journalisten werden gezielt von israelischen Truppen getötet.

Dessen ungeachtet und trotz seiner jahrzehntelangen völkerrechtswidrigen Besatzungs- und Kriegspolitik stellten sich deutsche Politik und Medien bisher nahezu bedingungslos an die Seite Israels. Jetzt aber deutet sich ein Stimmungswandel an, bisher leider nur verbal.

Deshalb fordern wir mit Nachdruck:

- Schritte zu einem zeitnahen, nachhaltigen Waffenstillstand inklusive Freilassung der Geiseln;
- Schluss mit den anhaltenden Völkerrechtsbrüchen durch israelische Regierungen und allgemeine Rückbesinnung auf geltendes Recht;
- Einstellung aller Waffenlieferungen nach Israel sowie der militärischen und politischen Unterstützung durch die Bundesregierung;
- Weg mit der „Staatsräson“, die die brutale und völkerrechtswidrige Kriegs-, Entrechtungs-, Enteignungs-, Besatzungs-, Annexions- und Vernichtungspolitik Israels rechtfertigt – nicht nur in Gaza;
- Keine Kriminalisierung von Palästina-Solidarität und Friedensbewegung!